

Archiviert: Mittwoch, 24. Januar 2024 13:02:33

Von: [REDACTED]

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Rücklauf Votum - 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG

Wichtigkeit: Normal

Vertraulichkeit: None

Anhang:

[LREG_2023-12-21 16-33-20 Votum.pdf](#); [LREG_II-2023-12-19 14-56-15](#)

[231218_LV_Freigabe_Ressortabstimmung_Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG.docx](#); [FINAL Beitrag Abt II Zweites HaushaltsfinanzierungsG.docx](#);

Guten Morgen und zur Info an alle.

\~

[REDACTED]

\~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 22. Dezember 2023 08:39

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Rücklauf Votum - 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG

\~

Weiterleitung aus dem Postfach.

\~

Beste Grüße



[REDACTED]

[REDACTED]

\~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 22. Dezember 2023 07:35

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: Rücklauf Votum - 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG

~

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

~

vielen Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung der Leitungsvorlage zum Beitrag für das Zweite HaushaltsfinanzierungsG 2024. Anbei zur Kenntnis den Rücklauf. Entsprechend werden wir am 28. Dezember 2023 die Ressortabstimmung einleiten.

~

Viele Grüße

[REDACTED]

[REDACTED]

~

~

Von: Sharepoint2019@rochus.local <Sharepoint2019@rochus.local>

Gesendet: Donnerstag, 21. Dezember 2023 16:33

An: [REDACTED]

Betreff: Rücklauf Votum - 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG

~

Liebe Kolleg*innen,

zum Vorgang: 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG liegt eine Antwort der Leitung vor.
Hierüber wurde auch Ihre Abteilungsleitung informiert.

Votum: Zugestimmt

Kommentar zum Votum:

siehe Anmerkung der Leitung

Der [Leitungsvorlagenmappe](#) können Sie alle Dokumente zum Vorgang entnehmen.

Liebe Kolleg*innen,

zum Vorgang: 20-25787 Beitrag_Zweites_HaushaltsfinanzG liegt ein Votum vor.

Votum: **Zugestimmt**

Kommentar zum Votum:
siehe Anmerkung der Leitung

21.12.2023 16:33:20

Referat LS 2
Leiter Leitungsstab

Frau Staatssekretärin Gebers

JO 20/12	
Pe 20/12	
LG 21/12	VH 20/12

Bearbeitet von	Mitz.	RL	UAL	AL
	IIa3, IIb1, IIc4, Zb1, IIc	19/12	19/12	19/12

Anmerkungen Leitung
LLS: Beginn der Ressortabstimmung bitte am 28.12.; Kopie an KS1, LS3 S1: mit Frist 02.01. VH 20/12: Änderungen in Regelungen wie von Abt. II per Mail vorgeschlagen eingearbeitet (Änderungsmodus)

Betreff: Beitrag für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024
Bezug: Anforderung des BMF vom 15. Dezember 2023
Anlage(n): - 1 -

I. Votum

Zustimmung zur Einleitung der Ressortabstimmung mit anliegendem Beitrag für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 mit Frist 21. Dezember 2023.

II. Sachverhalt

Das BMF hat am 15. Dezember 2023 um Übersendung eines Beitrags für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 mit folgenden Inhalten gebeten (Zitat):

- Streichung Bürgergeldbonus
- Regelung Totalverweigerer
- Konsolidierungsbeitrag BA bei Garantie festen AV-Beitragssatzes

Die Beiträge sollen mit den betroffenen Ressorts durch das BMAS abgestimmt werden und dem BMF bis zum 4. Januar 2023 geliefert werden.

III. Bewertung

Mit dem - nicht zustimmungsbedürftigen (Verfassungsressorts BMI, BMJ, BMF sind einvernehmlich der Auffassung, dass keine Zustimmungsbedürftigkeit vorliegt) - Regelungsentwurf (**Anlage**) soll der erbetene Beitrag des BMAS geleistet werden. Dieser enthält Regelungsentwürfe mit folgenden Inhalten:

1. Streichung Bürgergeldbonus

Durch die Streichung des Bürgergeldbonus nach § 16j SGB II sollen jährliche Auszahlungen von rund 100 Millionen Euro entfallen. Dies entspricht der Annahme der Kosten aus dem Bürgergeld-Gesetz (93 Millionen Euro pro Jahr). Eine haushaltswirksame Einsparung durch eine entsprechende Absenkung des Eingliederungstitels SGB II ist jedoch unbedingt abzulehnen, da im Eingliederungstitel SGB II mit dem Bürgergeldgesetz damals auch keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Zudem sind die tatsächlichen Ausgaben der Jobcenter für den Bürgergeldbonus aktuell niedriger als die im Bürgergeldgesetz ausgewiesenen Erwartungen, da die Teilnehmendenzahlen an den förderfähigen Maßnahmen noch nicht die geschätzte Höhe erreicht haben. Insbesondere der angenommene Anreizeffekt zusätzlicher Teilnahmen konnte so kurz nach der Einführung noch nicht erreicht werden. Eine haushaltswirksame Einsparung in einem Umfang von 100 Millionen Euro im Gesamtbudget SGB II würde somit die Jobcenter zu grundsätzlichen Einsparungen bei den Eingliederungsleistungen zwingen und konterkariert u. a. die Anstrengungen bei der Integration der UKR Geflüchteten. Es ist zudem zu beachten, dass Teilnehmende, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine mit dem Bürgergeldbonus förderfähige Maßnahme angetreten haben, den Bonus bis zum Austritt aus oder dem Abschluss der Maßnahme weiterhin erhalten (§ 66 Absatz 1 SGB II). Im Jahr 2024 müssen die Jobcenter in der Folge einen erheblichen Anteil der Förderungen noch ausfinanzieren. In geringem Umfang (rund 2 Millionen Euro - Annahme aus Bürgergeld-Gesetz) ergeben sich zudem Einsparungen beim laufenden Erfüllungsaufwand in den Jobcentern für die im Zusammenhang mit der Auszahlung des Bonus wegfallenden Aufgaben, der ebenfalls nicht haushaltsmäßig in Abgang gestellt werden kann, da er zuvor nicht haushaltswirksam zusätzlich veranschlagt wurde.

2. Regelung Totalverweigerer

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 5. November 2019 nicht nur strenge Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit von - grundsätzlich zulässigen - Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten gestellt. Es hat über die mit dem Bürgergeld-Gesetz gefundene Neuregelung hinaus in bestimmten Konstellationen auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen für möglich erachtet: (*„Wird eine solche tatsächlich existenzsichernde und im Sinne des § 10 SGB II zumutbare Erwerbstätigkeit*

ohne wichtigen Grund im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II willentlich verweigert, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegenstehen könnten, ist daher ein vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen.“ (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209).) Diese Möglichkeit wird mit dieser Regelung nunmehr wahrgenommen und gesetzlich ausgestaltet. Abteilung II geht davon aus, dass diese Fallkonstellation in der politischen Einigung zum Bundeshaushalt 2024 gemeint ist und hat hierfür eine Regelung erarbeitet. Diese Regelung berücksichtigt die strengen Verhältnismäßigkeitsvorgaben des BVerfG.

Dabei ist zu beachten, dass die rechtssichere Anwendung der Regelung durch die Jobcenter sehr anspruchsvoll sein wird. Praktisch dürften sie den Nachweis der „willentlichen Verweigerung“ einer „konkret angebotenen existenzsichernden und zumutbaren Arbeit“, „obwohl im Verfahren die Möglichkeit dazu bestand, Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen“ (BVerfG-Urteil) nur schwer rechtssicher erbringen können. Da im Laufe des Verfahrens nach weiteren Vorschlägen gesucht werden dürfte, wie insbesondere das Nichterscheinen zu Terminen in Jobcentern geregelt werden kann, wird Abteilung II kurzfristig auf die BA zugehen, um diesbezügliche Möglichkeiten zu erörtern.

Die vorliegende Regelung dürfte somit vorrangig präventive Wirkung haben. Dies spiegelt sich auch bei der Schätzung der finanziellen Auswirkungen wider. Von der jährlichen Gesamteinsparung für den Bund i. H. v. 150 Mio. Euro (davon 40 Mio. Bundesbeteiligung KdU) entfallen 139 Mio. auf die antizipierte präventive Wirkung (weniger Personen lehnen Arbeitsangebote ab bzw. beenden bestehende Arbeitsverhältnisse und beziehen somit kein Bürgergeld). Elf Mio. Euro ergeben sich aus den direkten Einsparungen durch den Leistungsentzug. Für beide Komponenten sind keine direkten Ableitungen zu den Auswirkungen möglich. Es handelt sich um rein gesetzte Schätzannahmen. Es wird geschätzt, dass beide Komponenten jeweils etwa 10.000 Personen betreffen.

Die BA hat auf Fachebene bereits angekündigt, dass sie etwaige IT-technische Anpassungen erst nach dem 1. Juli 2025 umsetzen könne. Aufgrund der o. g. geringen Praxisrelevanz könnten aus hiesiger Sicht aber wahrscheinlich auch händische Übergangslösungen gefunden werden. Eine weitergehende Erörterung mit der BA auf Fachebene ist aufgrund der Fristen noch nicht möglich gewesen, wird aber unverzüglich erfolgen.

3. Zahlungen der BA an den Bund

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die BA zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen

auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen. Es bestehen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieser Zahlungen. Es ist davon auszugehen, dass das Vorgehen auf massiven Widerstand insbesondere der BA und der Beitragszahlenden (Bänke Verwaltungsrat) stoßen wird. BDA hat sich in der Presse bereits ablehnend geäußert. Es könnte zu einer Überprüfung durch das BVerfG kommen (Rückzahlungsrisiko).

4. Beitragssatz

Es ist nicht möglich, gesetzlich zu garantieren, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung nicht geändert wird. Dies ist lediglich eine politische Zusage. Um dennoch einen gesetzlichen Beitrag zu erbringen, der die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden erhöht, sollen die Voraussetzungen ergänzt werden, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung soll danach nur zulässig sein, wenn die BA eine allgemeine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des BIP gebildet hat. Dies entspräche bemessen am BIP 2022 einer Rücklage von rd. 31 Mrd. Euro. Diese Regelung ist nicht unmittelbarer Teil des Koalitionskompromisses vom 13. Dezember 2023. Eine Erhöhung durch eine Rechtsverordnung ist bereits nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich.

Die Regelungsentwürfe zu 3. und 4. lagen S1 bereits vor und wurden freigegeben.

Haushaltswirkungen ohne Erfüllungsaufwand (in Mrd. Euro)

	2024	2025	2026	2027	Summe 2024-2027
Bürgergeldbonus*	0,10	0,10	0,10	0,10	0,40
Bürgergeld Totalverweigerer	0,15	0,15	0,15	0,15	0,60
Zahlungen der BA an den Bund	1,50	1,50	1,10	1,10	5,20

*Nach Auffassung BMAS nicht haushaltswirksam

Hinweise: Die Effizienzverbesserungen beim Jobturbo, die in 2024 einen zusätzlichen Minderbedarf von weiteren 500 Mio. Euro in 2024 (über die 500 Mio. Euro Absenkung aus der ersten Bereinigungssitzung vom 16. November 2023 hinaus) und von jährlich 1,5 Mrd. Euro in den Jahren 2025 bis 2027 beim Bürgergeldtitel bewirken sollen, bedürfen keiner fachgesetzlichen Unterlegung, sondern werden in das laufende Verfahren zum Haushalt 2024 und in das Aufstellungsverfahren zum Haushalt 2025 und zum nächsten Finanzplan

eingebraucht. Ob die fachgesetzlichen Regelungen zur zusätzlichen Minderung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von weiteren 600 Mio. Euro jährlich in den Jahren 2024 bis 2027 (über die 600 Mio. Euro jährlich aus dem Haushaltsfinanzierungsgesetz 2023 hinaus) im zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 oder im Gesetz zum Rentenpaket II verankert werden sollen, ist derzeit noch in der Klärung.


BMF hat um Abstimmung des Beitrags mit den betroffenen Ressorts gebeten. Es ist daher eine Beteiligung von BK-Amt, BMF, BMI, BMJ (einschl. Rechtsförmlichkeit), BMWK und NKR vorgesehen. Hinsichtlich der Regelung zu den Totalverweigerern ist davon auszugehen, dass auf fachlicher Ebene keine Einigung zwischen den Ressorts gefunden werden kann. Hier bedarf es voraussichtlich einer Einigung auf politischer Ebene. Ein vorgelagertes Clearing mit dem BK-Amt erscheint nicht erforderlich, da es sich lediglich um einen Beitrag für ein Gesetzgebungsverfahren handelt und die grundsätzlichen Inhalte politisch geeint sind. Der Entwurf des Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 wird insgesamt durch BMF erstellt. Dies wird auch die Länder- und Verbändebeteiligung durchführen.


Um Abstimmungen während der Präsenzpause (22. Dezember 2023 bis 8. Januar 2024) zu verhindern, soll den Ressorts eine Frist zur Stellungnahme bis zum 21. Dezember 2023, Dienstschluss gesetzt werden.

Abteilung Z (Zb1) hat mitgezeichnet.

In Vertretung



z.U. 

2. R:\IIa1_B\Fachliches\Gesetze_und_-entwürfe\Mitwirkung bei Entwürfen - Az. 51\HaushaltsfinanzierungsG 2024a\Beitrag Abteilung II\231218_LV Freigabe Ressortabstimmung Beitrag Zweites HaushaltsfinanzG.docx **gesperrt**
3. Wv. Referat II a 1, 
4. Z.d.A. IIa1-20001

Referentenentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024

(Beitrag BMAS Abteilung II "Arbeitsmarkt")

A. Problem und Ziel

BMF: Bitte die haushälterische Zielsetzung des Entwurfs insgesamt ergänzen.

B. Lösung

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden die Regelungen bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung verschärft. Der Bürgergeldbonus wird abgeschafft.

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende entstehen durch die Regelung des Leistungsentzugs bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung Minderausgaben beim Bürgergeld in Höhe von rund 170 Millionen Euro jährlich. Davon entfallen rund 150 Millionen Euro auf den Bund und 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Für den Bürgergeldbonus, der mit diesem Gesetz abgeschafft wird, wurde bei seiner gesetzlichen Einführung von schätzungsweisen Mehrausgaben in Höhe von rund 100 Millionen Euro ausgegangen, die innerhalb des budgetierten Eingliederungstitels SGB II erbracht wurden und die daher nicht haushaltswirksam zusätzlich zur Verfügung standen. Daher wird dieser Mittelansatz mit der Abschaffung des Bürgergeldbonus nicht reduziert.

Die zu leistenden Zahlungen der BA führen beim Bund zu Mehreinnahmen in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliar-

den Euro in den Jahren 2026 und 2027. Im Haushalt der BA entstehen durch die zu leistenden Zahlungen Mehrausgaben in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Durch das Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht durch das Gesetz kein Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Es werden keine zusätzlichen Informationspflichten eingeführt, geändert oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende ergeben sich durch die Streichung des Bürgergeldbonus Einsparungen beim laufenden Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 2 Millionen Euro jährlich. Nach § 46 Absatz 3 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) trägt der Bund 84,8 Prozent der Gesamtverwaltungskosten der Jobcenter; 15,2 Prozent tragen die Kreise und kreisfreien Städte.

Für den Bund und die BA entstehen für die Administration der Zahlungen (teilweise Erstattung der Finanzierungsbeteiligung durch die BA) einmaliger Erfüllungsaufwand in geringfügiger Höhe.

F. Weitere Kosten

Durch die Gesetzesänderungen entstehen keine weiteren Kosten; Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sowie auf die sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

Referentenentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024

(Beitrag BMAS Abteilung II "Arbeitsmarkt")

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch [...] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 16j wie folgt gefasst:

„§ 16j (weggefallen)“.

2. In § 5 Absatz 5 wird die Angabe „16f bis 16k“ durch die Angabe „16f bis 16i und 16k“ ersetzt.
3. § 16j wird aufgehoben.
4. § 31a wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Abweichend von Absatz 4 Satz 1 entfällt der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen. Die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme muss tatsächlich und unmittelbar bestehen. Absatz 1 Satz 6, Absatz 2 und 3 sowie § 31 Absatz 1 Satz 2 finden Anwendung.“

5. § 31b wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) In den Fällen des § 31a Absatz 7 wird die Minderung aufgehoben, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, spätestens aber mit dem Ablauf eines Zeitraums von zwei Monaten. Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 sowie Absatz 2 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

6. In § 32 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 1 und 3“ durch die Angabe „Absatz 1 und 4“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 352 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach Maßgabe der Finanzlage der Bundesagentur sowie unter Berücksichtigung der Beschäftigungs- und Wirtschaftslage sowie deren voraussichtlicher Entwicklung zu bestimmen, dass die Beiträge zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden, sofern die Bundesagentur eine Rücklage nach § 366 Absatz 1 in Höhe von mindestens 0,8 Prozent im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gebildet hat.“

2. § 363 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die Bundesagentur zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

BMF: Bitte die haushälterische Zielsetzung des Entwurfs insgesamt ergänzen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung

Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuordnung hinaus, hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209) auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet. Diese Möglichkeit wird mit dieser Regelung nunmehr gesetzlich ausgestaltet.

Abschaffung des Bürgergeldbonus

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize Weiterbildungsgeld und Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt. Teilnehmende, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine mit dem Bürgergeldbonus förderfähige Maßnahme angetreten haben, erhalten den Bonus bis zum Austritt aus oder dem Abschluss der Maßnahme (§ 66 Absatz 1 SGB II).

Teilweise Erstattung der Finanzierungsbeteiligung durch die BA

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die BA zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung: Ergänzung der Verordnungsermächtigung

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für die Änderungen im SGB II aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (GG) (Arbeitsvermittlung) und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, da hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamt-staatlichen Interesse mit einer bundesgesetzlichen Regelung erforderlich ist (Artikel 72 Absatz 2 GG). Nur durch die Gesetzgebung des Bundes lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen beim Beschäftigungsstand und Einkommensniveau erhebliche regionale Unterschiede. Durch eine einheitliche Bundesgesetzgebung im Bereich der öffentlichen Fürsorge wird verhindert, dass sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Sozialgefüge auseinanderentwickelt.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Änderungen des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (Arbeitsvermittlung, Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Rechtsänderungen zum SGB III bewirken keine relevanten Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen für den Bund. Im SGB II bewirkt die Streichung des Bürgergeldbonus eine Entlastung von Aufgaben bei den Jobcentern, für die mit dem Bonus zusammenhängende Beratung und Zahlbarmachung.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz steht im Einklang mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die Regelungen zielen unter anderem darauf ab, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, das Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Schnittstellen zu reduzieren sowie steigende Ausgaben, etwa beim Bürgergeld, zu bremsen. Somit trägt das Gesetz zur Erreichung der Ziele im Bereich Staatsverschuldung (Indikator 8.2) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende entstehen durch die Regelung des Leistungsentzugs bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung Minderausgaben beim Bürgergeld in Höhe von rund 170 Millionen Euro jährlich. Davon entfallen rund 150 Millionen Euro auf den Bund und rund 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Für den Bürgergeldbonus, der mit diesem Gesetz abgeschafft wird, wurde bei seiner gesetzlichen Einführung schätzungsweise von

Mehrausgaben in Höhe von rund 100 Millionen Euro ausgegangen, die innerhalb des budgetierten Eingliederungstitels SGB II erbracht wurden und die daher nicht haushaltswirksam zusätzlich zur Verfügung standen. Daher wird dieser Mittelansatz mit der Abschaffung des Bürgergeldbonus nicht reduziert.

Die zu leistenden Zahlungen der BA führen beim Bund zu Mehreinnahmen in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027. Im Haushalt der BA entstehen durch die zu leistenden Zahlungen Mehrausgaben in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2025 und in Höhe von jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027.

4. Erfüllungsaufwand

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende ergeben sich durch die Streichung des Bürgergeldbonus Einsparungen beim laufenden Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 2 Millionen Euro jährlich. Nach § 46 Absatz 3 SGB II trägt der Bund 84,8 Prozent der Gesamtverwaltungskosten der Jobcenter; 15,2 Prozent tragen die Kreise und kreisfreien Städte.

Für den Bund und die BA entstehen für die Administration der Zahlungen einmaliger Erfüllungsaufwand in geringfügiger Höhe.

5. Weitere Kosten

Durch die Gesetzesänderungen entstehen keine weiteren Kosten; Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sowie auf die sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.

VII. Befristung; Evaluierung

Es ist keine Befristung vorgesehen. Die Regelungen sind auf Dauer angelegt. Die Zahlungen der BA an den Bund sind bis zum Ende des Jahre 2027 vorgesehen.

Die zeitnahe Untersuchung der Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der Wirkungen der Arbeitsförderung ist nach § 55 Absatz 1 SGB II sowie nach § 280 in Verbindung mit § 282 SGB III gesetzlich normiert und ständige Aufgabe der BA. Eines gesonderten Evaluationsauftrages für die Regelungen des Artikels 1 und 2 bedarf es daher in diesem Gesetz nicht.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Folgeänderung zu Nummer 3.

Zu Nummer 2 (§ 5)

Folgeänderung zu Nummer 3.

Zu Nummer 3 (§ 16j)

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize Weiterbildungsgeld und Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt. Teilnehmende, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine mit dem Bürgergeldbonus förderfähige Maßnahme angetreten haben, erhalten den Bonus bis zum Austritt aus oder dem Abschluss der Maßnahme (§ 66 Absatz 1 SGB II).

Zu Nummer 4 (§ 31a)

Das SGB II sieht bei wiederholten Pflichtverletzungen, wie zum Beispiel der Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen, fortzuführen oder deren Anbahnung zu verhindern, Leistungsminderungen von bis zu 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfes für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten vor. Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Hier bedarf es einer Regelung, die insbesondere auch präventiv wirkt, um die Sicherung der menschenwürdigen Existenz insbesondere durch Erzielung von Einkommen in der Verantwortung der Menschen zu belassen.

Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) entschieden, dass der Staat grundsätzlich Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten einsetzen darf. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuregelung hinaus, hat das Bundesverfassungsgericht auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet: „Wird eine solche tatsächlich existenzsichernde und im Sinne des § 10 SGB II zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II willentlich verweigert, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegenstehen könnten, ist daher ein vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen.“ (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209). Diese Möglichkeit wird mit dieser Regelung nunmehr wahrgenommen und gesetzlich umgesetzt.

Abweichend von der in § 31a Absatz 4 Satz 1 geregelten Begrenzung der Minderungshöhe auf 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs entfällt nach Absatz 7 Satz 1 entfällt der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen. Einer vorherigen Leistungsminderung bedarf es hierfür nicht. Der Wegfall der Leistungen ist auf den Regelbedarf begrenzt. Eine Kürzung der Kosten der Unterkunft und Heizung wäre mit dem im Urteil besonders hervorgehobenen Schutz vor einem Wohnungsverlust nicht zu vereinbaren. Es widerspräche dem Zweck des SGB II, wenn die Betroffenen die Grundlagen dafür verlören, überhaupt wieder in Arbeit zu kommen (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 202, 203.). Ebenso ist eine Minderung der für bestimmte Zwecke vorgesehenen Mehrbedarfe nach § 21 ausgeschlossen.

Nach § 31a Absatz 7 Satz 2 muss die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme tatsächlich und unmittelbar bestehen. Das bedeutet, es muss sich um ein konkretes Arbeitsangebot handeln, dass von der bürgergeldbeziehenden Person jederzeit angenommen werden kann. Keine Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfes ist es, dass die angebotene Arbeit

zu einer unmittelbaren Überwindung der Hilfebedürftigkeit führt. Andernfalls wäre der Leistungsentzug von der Größe der Bedarfsgemeinschaft und den dort zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einkommensverhältnissen abhängig. Dies erscheint im Hinblick auf Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz verfassungsrechtlich bedenklich.

Nach § 31a Absatz 7 Satz 3 finden die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Elemente der Verhältnismäßigkeit auch im Falle des vollständigen Wegfalls der Leistungen Anwendung. Dies beinhaltet die Möglichkeit der nachträglichen Mitwirkung (§ 31a Absatz 1 Satz 6), die in diesem Fall ausschließlich in der Annahme des konkret zur Disposition stehenden Arbeitsangebotes bestehen kann, die Möglichkeit der persönlichen Anhörung (§ 31a Absatz 2) und die Härtefallprüfung (§ 31a Absatz 3). Ebenso ist zu prüfen, ob die Leistungsberechtigten einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen (§ 31 Absatz 1 Satz 2). Betroffene müssen die Möglichkeit haben, etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegengestanden haben.

Zu Nummer 5 (§ 31b)

Buchstabe a (Absatz 3)

Nach § 31b Absatz 3 Satz 1 wird die Minderung aufgehoben, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, spätestens aber mit dem Ablauf eines Zeitraums von zwei Monaten. Die Aufhebung hat unmittelbar mit dem Wegfall der Möglichkeit der Arbeitsaufnahme zu erfolgen.

Nach § 31b Absatz 3 Satz 2 sind § 31b Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 sowie Absatz 2 Satz 2 entsprechend anzuwenden.

Buchstabe b (Absatz 4)

Folgeänderung zu Buchstabe a.

Zu Nummer 6 (§ 32)

Folgeänderung zu Nummer 5.

Zu Artikel 2 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (§ 352)

Die Voraussetzungen, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden, werden ergänzt. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage nach § 366 Absatz 1 in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Nach Ergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung entspricht dieser Wert dem mittleren konjunkturbedingten Defizit des Haushalts der BA in den vier Rezessionen seit der Wiedervereinigung und der Covid-19-Pandemie (1993, 2002 bis 2004, 2008 bis 2009 sowie 2020 bis 2021). Ohne eine Rücklage in dieser Höhe wäre die BA zum Ausgleich ihres Haushalts in einer typischen Rezession ausschließlich auf Darlehen und/oder Zuschüsse des Bundes angewiesen. Insbesondere Rückzahlungsansprüche des Bundes könnten die Handlungsfähigkeit der BA einschränken. Der Wert bezieht sich dabei auf deutliche Rezessionen mit stark erhöhten Ausgaben beziehungsweise verringerten Einnahmen der BA.

Die Bundesregierung hat für eine zeitweise Absenkung weiterhin die Finanzlage der BA und deren voraussichtliche Entwicklung zu berücksichtigen. Durch die zusätzliche Voraussetzung wird verhindert, dass eine positive Beurteilung und Prognose für eine zeitweise

Beitragssatzsenkung ausreichend ist, wenn die BA nicht zuvor eine erhebliche Rücklage gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

Zu Nummer 2 (§ 363)

Zur Erhaltung der Liquidität der BA stellte der Bund dieser in den Jahren 2020 und 2021 unterjährig umfangreiche Liquiditätshilfen zur Verfügung, wovon ein Betrag von insgesamt rund 23,8 Milliarden Euro von der BA am Jahresende zum Haushaltsausgleich benötigt wurde und abweichend von § 365 SGB III nicht an den Bund zurückgeführt werden musste. Der Bund hat sich damit in dieser Höhe in den Jahren 2020 und 2021 direkt an der Finanzierung des Haushalts der BA beteiligt. Dies war während der Covid-19-Pandemie von besonderer Bedeutung. Denn die BA hat insbesondere mit der Leistung des Kurzarbeitergeldes in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Folgen der Covid-19-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt und für die Wirtschaft abzumildern. Die Nutzung von Kurzarbeit erreichte in der Corona-Pandemie einen zuvor nie dagewesenen Umfang und hat sich erneut als zentrale Maßnahme der Krisenbewältigung für den Arbeitsmarkt bewährt. Die Entstehung weitreichender Arbeitslosigkeit mit deutlichen finanziellen Folgen auch für den Beitragshaushalt konnte so verhindert werden.

Die Leistungen des Bundes kamen den Beitragszahlenden unmittelbar zugute. Durch die Finanzierungsbeteiligung des Bundes konnte sich der Haushalt der BA konsolidieren. Die BA wird im Jahr 2023 aus den Überschüssen der Einnahmen über die Ausgaben eine Rücklage bilden können. Damit ist es der BA möglich, in den Jahren 2024 bis 2027 gegenüber dem Bund einen teilweisen Ausgleich für die erheblichen Zuschüsse der Jahre 2020 und 2021 zu leisten. Die Aufteilung des Finanzierungsbeitrags in vier Jahrestanchen ist so bemessen, dass sie die Beitragssatzstabilität nicht gefährdet und die BA nach den aktuellen Finanzschätzungen weiterhin Rücklagen aufbauen kann, wenn auch in geringerem Umfang als bisher geplant.

In den Jahren 2020 bis 2022 hat die BA insgesamt rund 18,6 Milliarden Euro für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge an die Arbeitgeber während des Bezugs von Kurzarbeitergeld verausgabt. Diese Leistung gehört nicht zu den sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit ergibt sich eine Differenz von rund 5,2 Milliarden Euro zu den in den Jahren 2020 und 2021 geleisteten Zahlungen des Bundes in Höhe von insgesamt rund 23,8 Milliarden Euro. Diese Mittel wurden von der BA nicht für die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an die Arbeitgeber während des Bezugs von Kurzarbeitergeld benötigt. Es ist entsprechend sachgerecht, dass die BA diese über die Ausgaben für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge hinausgehenden Zahlungen dem Bund erstattet.

Die Erstattung soll in den Jahren 2024 bis 2027 in vier Tranchen in Höhe von insgesamt 5,2 Milliarden an den Bund gezahlt werden. Bei der gebotenen Gesamtbetrachtung des Zeitraums von 2020 bis 2027 besteht mithin weiterhin ein deutlich positiver Saldo zugunsten der BA und damit der Beitragszahlenden.

Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Es wird das Inkrafttreten am Tag nach der Verkündung geregelt.